



## DIGITALER RECHTSPRECHUNGS-KOMMENTAR MONATSÜBERSICHT JANUAR 2024, AUSGABE 152

Exakt und präzise kommentieren renommierte Expertinnen  
und Experten die aktuelle Rechtsprechung.

### ARBEITSRECHT

#### Lohnfortzahlung bei einer Betriebsschliessung wegen Corona

Gerhard Hauser

Das Bundesgericht hatte im August eine Grundsatzfrage zur Lohnfortzahlung während einer Betriebsschliessung in der Coronazeit in öffentlicher Beratung und in Fünferbesetzung entschieden. Seit Ende Dezember liegt die schriftliche Begründung vor: Arbeitnehmende, welche wegen des Lockdowns nicht mehr arbeiten durften, haben keinen Anspruch auf Lohn. Das Risiko einer solchen behördlichen Betriebsschliessung hat nicht der Arbeitgeber zu tragen. Er ist nach Art. 324 Abs. 1 OR nicht im Annahmeverzug.

Kommentar zu: Urteil des Bundesgerichts [4A\\_53/2023](#) vom 30. August 2023, zur Publikation vorgesehen

Publiziert am 25. Januar 2024

### AUSLÄNDERRECHT

#### Besonderes Abhängigkeitsverhältnis und Schutz des Privatlebens

Thomas Hugi Yar

Das Urteil 2C\_769/2022 zeigt nach gewissen Turbulenzen in der Praxis (vgl. BGE 149 I 207) auf, wie das Bundesgericht den Schutz der aus Art. 8 EMRK fliessenden Ansprüche (Familien- und Privatleben) nunmehr konkretisiert. Bei Angehörigen ausserhalb der Kernfamilie hält es für einen Bewilligungsanspruch am Vorliegen eines besonderen Abhängigkeitsverhältnisses fest; dabei verfolgt es - insbesondere bezüglich allfälliger Pflegealternativen - eine (zu) strenge Praxis. Unklar ist zudem nach wie vor, inwiefern ein prozeduraler Aufenthalt an die zehn Jahre rechtmässiger Anwesenheit, bei der nach BGE 144 I 266 eine gute Integration vermutet werden kann, anzurechnen ist.

Kommentar zu: Urteil des Bundesgerichts [2C\\_769/2022](#) vom 19. Oktober 2023

Publiziert am 31. Januar 2024

#### Zur Einschränkung von Freizügigkeitsrechten bei Schulden und wiederholter Delinquenz

Valerio Priuli

Das Bundesgericht äussert sich im Urteil 2C\_836/2021 vom 20. September 2023 zur Einschränkung von Freizügigkeitsrechten bei Schulden und bei wiederholter Delinquenz. Es bestätigt die konstante Rechtsprechung, wonach Schulden keinen Einschränkungsground bilden. Die Vorgaben zur Berücksichtigung längerfristiger Freiheitsstrafen bei wiederholter Delinquenz werden nicht vollständig berücksichtigt, diejenigen zur Bejahung einer sich daraus ergebenden Bedrohung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Sinne von Art. 5 Anhang I FZA werden restriktiver angewendet als bisher, was im Lichte von Art. 16 FZA (parallele Rechtslage) problematisch ist.

Kommentar zu: Urteil des Bundesgerichts [2C\\_836/2021](#) vom 20. September 2023

Publiziert am 12. Januar 2024

## STRAFRECHT

### L'exploitabilité d'une preuve fournie par un particulier dans une procédure pénale

Soubhi Bazerji

L'usage par des particuliers d'une caméra de vidéosurveillance enregistrant des images du domaine public est assujéti à la loi sur la protection des données (LPD). La validité des enregistrements vidéo dans une procédure pénale dépend de la conformité de la vidéosurveillance aux principes de transparence (art. 4 al. 4 LPD) et de proportionnalité (art. 4 al. 2 LPD).

Kommentar zu: Urteil des Bundesgerichts [6B\\_768/2022](#) vom 13. April 2023

Publiziert am 09. Januar 2024



## VERTRAGSRECHT

### Rechtsgeschäftliche Eigentumsübertragung an Aktien ohne separates Verfügungsgeschäft?

Luca Bartolomei / Dario Galli / Markus Vischer

In seinem Urteil [4A\\_25/2023](#) vom 22. Juni 2023 entschied das Bundesgericht, dass die Käufer bereits mit Ausübung ihres Kaufrechts Eigentümer der nutzniessungsbelasteten Aktien wurden. Die Kaufrechtsvereinbarung zwischen dem Kaufrechtsbelasteten und den Käufern enthielt nämlich bereits eine Besitzesanweisung. Die Käufer sind gemäss Bundesgericht daher bereits mit Abschluss des Kaufvertrags zu selbstständigen mittelbaren Besitzern der Aktien geworden.

Kommentar zu: Urteil des Bundesgerichts [4A\\_25/2023](#) vom 22. Juni 2023

Publiziert am 23. Januar 2024

### Die Konsequenzen nicht sauber strukturierter M&A-Transaktionen

Viviana Montorfano / Dario Galli / Markus Vischer

In seinem Urteil [4A\\_311/2022](#) und [4A\\_313/2022](#) vom 8. August 2023 dehnte das Bundesgericht seine bisherige Rechtsprechung zu den Ausnahmen von der Unabhängigkeit eines Garantievertrags aus und verneinte die Gültigkeit einer Garantie bei anfänglicher objektiver Unmöglichkeit des Grundgeschäfts.

Kommentar zu: Urteil des Bundesgerichts [4A\\_311/2022](#) vom 08. August 2023

Publiziert am 15. Januar 2024

## ZIVILPROZESSRECHT

### «Persönliches Erscheinen» juristischer Personen an der Schlichtungsverhandlung

Matthias Brunner / Matthias Lindner

Die Pflicht der Parteien nach Art. 204 Abs. 1 ZPO, persönlich zur Schlichtungsverhandlung zu erscheinen, gilt auch für juristische Personen und kann nur mittels Vertretung durch ein Organ oder durch eine mit einer kaufmännischen Handlungsvollmacht ausgestatteten, zur Prozessführung befugten und mit dem Streitgegenstand vertrauten Person erfüllt werden. Die Klägerin genügte vorliegend diesen Voraussetzungen nicht, womit nach Art. 206 Abs. 1 ZPO das Schlichtungsgesuch als zurückgezogen hätte gelten müssen. Das Bundesgericht versagte der Beklagten vorliegend jedoch die Berufung auf diese Säumnisfolgen als rechtsmissbräuchlich, was dogmatisch nicht restlos überzeugt.

Die aktuellsten juristischen Neuigkeiten werden Ihnen in den Blogs kompakt zusammengefasst.

## ARBEITSRECHT

Arbeitsvertrag als simulierter Auftrag?

Nicolas Facincani

Arbeitszeit ist nicht zwingend entschädigungspflichtig

Nicolas Facincani



## ERBRECHT

Erbenvertretung - Anordnung und Vergütungsfragen

Ramona Fischer

## FAMILIEN- UND PERSONENRECHT

Begrenzung des Überschussanteils bei der Berechnung von Kindesunterhaltsbeiträgen

Jean-Michel Ludin

## GESELLSCHAFTSRECHT UND FINANZMARKTRECHT

Violation de l'obligation de communiquer et responsabilité du Conseil d'administration

Katia Villard

Quelle protection pour les dépôts d'un assureur étranger ?

Teymour Brander

## ÖFFENTLICHES VERFAHRENSRECHT UND VERWALTUNGSRECHT

Le niveau de planification requis par l'art. 16a al. 3 LAT

Camille de Salis

Les newsletters et le respect de l'art. 12 lit. d LLCA

Camille de Salis

Exigibilité d'un chemin d'école enfantine pour un enfant de 4 à 6 ans

## STRAFPROZESSRECHT

La proportionnalité d'une mesure de substitution qui interdit toute possibilité de publication  
Basilio Nunnari

Délai de recours et jours fériés (GE)  
Alexia Blanchet



## STRAFRECHT

La détention pour des motifs de sûreté ordonnée en vue du prononcé d'une mesure thérapeutique institutionnelle ultérieure à l'exécution d'une peine  
Quentin Cuendet

Principe in dubio pro duriore et expertise de crédibilité d'un-e enfant  
Camille de Salis

Pour lire des messages WhatsApp injurieux, il vaut mieux rester en Suisse  
Maria Ludwiczak Glassey

Prescription des poursuites pénales en raison de la lenteur de l'instruction : le procureur jugé pour entrave à l'action pénale  
Frédéric Lazeyraz

Les critères de fixation de la peine en cas de viol, tentative de viol et contrainte sexuelle commis en commun (art. 49 et 200 CP)  
Camille Perrier Depeursinge / Justine Arnal

## VERTRAGSRECHT

La contestation de fin du bail portant sur des constructions mobilières et la demande reconventionnelle en remise en état  
Arnaud Lambelet

## EDITIONS WEBLAW

Der dRSK umfasst Rechtsprechungskommentare von über 100 Spezialisten auf mehr als 30 Rechtsgebieten. Die Expertenkommentierungen durchlaufen ein internes Peer Review anhand einer renommierten Redaktion, welches einen hohen Qualitätsstandard gewährleistet.

Neben den Expertenkommentierungen sind im dRSK Blog-Beiträge enthalten. Für die Inhalte dieser Beiträge zeichnen die Verfasser und Inhaber der Blogs verantwortlich - [Liste der Blogs](#)

Der dRSK wird separat und als Teil des Informations- und Rechercheportals Push-Service Entscheide angeboten. Die Besprechungen sind über einen Zitiervorschlag und Randziffern zitierfähig.

Statistik:

Abonnentinnen und Abonnenten "digitaler Rechtsprechungs-Kommentar (dRSK)": 8009

Information und Impressum:

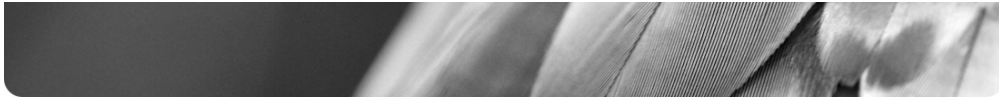
[info@weblaw.ch](mailto:info@weblaw.ch) | T +41 31 380 57 77

ISSN 1663-9995, Editions Weblaw.

Abmeldungen und Adress-Änderungen: Login unter <https://register.weblaw.ch>. Unter dem Navigationspunkt «Profildaten bearbeiten» und folgend «E-Mail Adressen» können Sie die Monatsübersicht zum dRSK abbestellen bzw. Adress-Änderungen vornehmen.

Bitte antworten Sie nicht auf diese E-Mail, sondern benutzen Sie die oben erwähnten Kontaktinformationen.

<https://drsk.weblaw.ch>



Weblaw AG | Schwarztörstrasse 22 | 3007 Bern  
T +41 31 380 57 77 | F +41 31 380 57 78 | [info@weblaw.ch](mailto:info@weblaw.ch)

